

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 24

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Er braucht nicht einheitlich im Sinne einer vorgeschriebenen Ausrichtung zu sein. Ich meine sogar, dass die Postulate in dieser Richtung, die vor allem von fundamentalistischen Kräften im In- und Ausland erhoben werden, weder dem Widerstand noch der Bevölkerung gerecht werden. Diese besteht aus unterschiedlichen Gemeinschaften, die alle ein Recht auf ihre Eigenart haben sollten. Hingegen sollte der Widerstand wenigstens eine koordinierte Aktionseinheit haben, und leider ist er zerstritten.

Dass das nicht in seinem Interesse liegt, sollte eigentlich allen beteiligten Gruppierungen einleuchten . . .

Vieles wirkt mit, dass die Einsicht schlecht zum Tragen kommt. Dass sich Kabul nach Kräften bemüht, nicht zuletzt durch Offerten an konkrete Gruppen und ihre Kommandanten, den Widerstand zu entzweien, ist nur logisch. Aber auch die Saudis und Iraner tragen zur Teilung bei. Ihre selektive Unterstützung hängt mit den Vorstellungen zusammen, die sie nach Afghanistan hineintragen wollen, zum Beispiel für die «richtige» islamische Unterrichtung unserer Kinder. Dann gibt es Pakistan, das viele unserer Flüchtlinge beherbergt – natürlicherweise unter Berücksichtigung seiner eigenen Interessen, die auch bei der Vermittlung von Waffen und Lebensmitteln eine Rolle spielen. Ich will da keine grossen Anklagen erheben, aber das ist so. Wir sind auf Nachbarn angewiesen, die dann eben auch mitmischen.

In Pakistan gibt es auch die afghanische Exilregierung. Wie stehen Sie zu ihr?

Ich habe nichts gegen sie. Nur sitzt sie eben in Peshawar, und was immer sie tut, tut sie

dort. Das hat keine Auswirkungen auf das konkrete Leben in Afghanistan, und auch unsere Bevölkerung weiss mit dieser Behörde jenseits der Grenze nichts anzufangen.

Die Bevölkerung will, wie Sie erwähnt haben, von keinem kommunistischen Regime beherrscht werden. Aber was will sie statt dessen, von sich aus?

Wir sind in Wardak darauf gekommen, dass vor allem jede Talschaft das Ihre will. Ich glaube, dass der Widerstand das respektieren muss. Wenn er das Volk befreien will, muss er sehen, dass dieses aus Gemeinschaften besteht, die man nicht über einen Leisten schlagen darf. Für Afghanistan wird jede zentralistische Verwaltung zum Gift, sobald sie sich als allein massgeblich in die Regionen einnistet. Das bringt Zwang und Korruption mit sich.

In Wardak suchen wir jedenfalls vorrangig das zivile Leben aufzubauen, auf der Grundlage von Regionalräten für jede Talschaft. Zum Beispiel darf und soll die Ausrichtung des Bildungssystems zur Autonomie der jeweiligen Bevölkerungsgruppe gehören. Die Provinzverwaltung der befreiten Gebiete hat genug damit zu tun, sich ohne überflüssige Einmischung um die vitalen Belange zu kümmern. Land und Bewässerungssysteme sind verwüstet, viele Leute kriegen nur einmal pro Jahr Fleisch zu essen und leiden an Proteinmangel, manche Mujahedin haben das Bauern verlernt, und dabei sollte die Landwirtschaft noch zusätzlich diversifiziert und modernisiert werden, Häuser werden sporadisch durch Zufallstreffer von Raketen

Fortsetzung auf Seite 12

LIEBE LESER

«Die Ersten werden die Letzten sein», sagt Milos Rejchrt, ein ehemaliger Sprecher der Charta 77, von seinem Land im Gespräch, das wir auf Seite 4 wiedergeben. Das sagte er am 17. November und bezog sich darauf, dass die Tschechoslowakei bis dahin immer noch nicht von der grossen osteuropäischen Bewegung erfasst war, die nach der DDR sogar Bulgarien ergriffen hatte. Indessen wies Rejchrt auf den ersten provinziellen Testfall einer ungehinderten Demonstration in Teplice hin und nannte die für den damals heutigen Tag in Prag anstehende Demonstration einen Testfall.

Ein Testfall war jener 17. November wahrhaftig, und seine Folge war eine Lawine. Was sich in schon atemberaubendem Tempo im Oktober und November in der DDR abgespielt hatte, wiederholte sich nun in der ČSSR, und das erst noch im Zeitraffer; die Letzten schickten sich an, wieder die Ersten zu werden.

Die Menge von Demonstranten scholl täglich an, bis sie am letzten Wochenende schon die Millionenzahl erreichte. In Analogie zum Demokratischen Forum der Ungarn und zum Neuen Forum bildeten die Tschechoslowaken ihr Bürgerforum; bloss wurde es schon innert Tagen zum politischen Sammelbecken der Opposition. Das Regime knickte ein; Parteichef Jakes ging mit etlichen Genossen von Politbüro und ZK-Sekretariat in die Wüste, und die KPTsch versprach Reformen. Die Regierung suchte in neuer Eigenmächtigkeit selber Kontakte zum Bürgerforum, und Ministerpräsident Adamec setzte sich mit Vaclav Havel und Mitstreitern an einen runden Tisch: die Opposition war de facto anerkannt.

Und unter dem Jubel der Tschechen und Slowaken trat Alexander Dubček wieder auf, der Parteichef von 1968, und sprach vom wiedergewonnenen «Sozialismus mit menschlichem Gesicht». Die Brücke zum Prager Frühling war endlich geschlagen.

Indessen bedeutet die historische Rehabilitation der kurzen Vorläuferperiode nicht, dass man dabei stehenbleiben können. Der Sozialismus mit menschlichem Gesicht hatte seine Chance, und das damalige Moskauer Zentrum hat sie vertan. Nunmehr geht die Entwicklung über den Sozialismus hinaus Richtung Demokratie ohne Vorbedingungen.

Nicht der Sozialismus mit menschlichem Gesicht wird begehrt, sondern der Pluralismus mit vielen Gesichtern.

